

ECOPOST

Neues rund um Umwelt, Energie, Klima und Rohstoffe



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin Mitte | Telefon 030-20308-0 | Fax 030-20308-1000 | Internet: www.dihk.de
Redaktion: Jonas Vach | E-Mail: hauckjacqueline@dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
Deutsch-österreichische Strompreiszone: Das Engpassmanagement kommt	2
International	3
Förderkürzung bei Erdöl	3
Europa	4
Änderung der europäischen Energieeffizienz-Richtlinie	4
Studie: Deutschland kann Einspeisevorrang für Erneuerbare beibehalten	5
Brüssel genehmigt KWKG-Entlastungsregeln	6
Neue Meldepflichten für große Eigenerzeuger und -versorger.....	7
Arbeitsdokument für ein EU-Wassermanagement veröffentlicht	7
EU-Ministerrat dämpft Recyclingziele	8
Kennzeichnung von Gemischen	8
EU-Kommission veröffentlicht Aktionsplan Natura 2000.....	8
Deutschland	9
Energieverbrauch in Deutschland sinkt - trotz Wirtschaftswachstum	9
Redispatchkosten 2016 um ein Viertel gesunken	9
Bundeskabinett verabschiedet SINTEG-Verordnung.....	10
Zweite Entwürfe Netzentwicklungspläne 2030	11
Start der Antragskonferenzen für SuedLink und SuedOstLink.....	12
Netzreservebedarf steigt zunächst weiter.....	12
Bürgerenergieprojekte gewinnen erste Ausschreibungsrunde Wind an Land	13
Bundeskabinett beschließt KWK-Ausschreibungsverordnung und gemeinsame Wind- und PV- Ausschreibungsverordnung	14
Sehr hohe Realisierungsrate bei auktionierten PV-Freiflächenanlagen	14
Kabinett beschließt Mantelverordnung	15
Strahlenschutzgesetz beschlossen.....	15
Bundesrat beschließt Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz.....	16
Auszeichnung der besten Energie-Scouts des Jahres 2017.....	17
EMAS-Awards 2017	17

Editorial

■ **Deutsch-österreichische Strompreiszone: Das Engpassmanagement kommt**

Die deutsch-österreichisch-luxemburgische Strompreiszone galt bisher als Vorbild für den angestrebten europäischen Strombinnenmarkt. Mit dem freien Fluss von Strom an der deutsch-österreichischen Grenze ist es aber demnächst erst einmal vorbei: Die Bundesnetzagentur und der österreichische Regulierer E-Control haben sich darauf verständigt, ab dem 1. Oktober 2018 ein Engpassmanagement an den Grenzübergängen einzurichten. Damit findet eine jahrelange nicht immer konfliktfreie Diskussion ihren Abschluss. Deutschland hatte bereits die einseitige Einführung des Engpassmanagements für den Sommer 2018 angekündigt. Das heißt, Netzengpässe werden beim Umfang des grenzüberschreitenden Stromhandels berücksichtigt.

Teil der Einigung ist, dass die verfügbaren Kapazitäten an den Grenz-kuppelstellen zwischen den beiden Ländern bei mindestens 4,9 GW liegen sollen. Wie hoch die tatsächlichen physikalischen Kapazitäten der grenzüberschreitenden Leitungen sind, war umstritten. Im Gegenzug stellt der österreichische Übertragungsnetzbetreiber APG den deutschen Übertragungsnetzbetreibern ausreichend gesicherte Kraftwerksleistung für Maßnahmen zur Netzsicherheit zur Verfügung. Kann den deutschen Übertragungsnetzbetreibern die jeweilige Mindestmenge nicht bereitgestellt werden, wird die Handelskapazität von 4,9 GW in gleicher Höhe gekürzt, Händler werden in diesen Fällen durch die Verbindlichkeit der Rechte jedoch wirtschaftlich nicht beeinträchtigt. Die Verständigung zwischen den Behörden muss noch mit den europäischen Nachbarn und der EU-Kommission konsultiert werden.

Auslöser für Diskussionen um die Aufteilung von Strompreiszonen sind regelmäßig nicht ausreichende Übertragungsnetzkapazitäten. Dies gilt auch für den Fall der deutsch-österreichischen Strompreiszone. Mit der Energiewende hat in Deutschland bereits eine Verlagerung der Erzeugung nach Norden, wo sich die ertragreicheren Windstandorte befinden, eingesetzt. Da sich die Nachfrage nicht nach Norden verlagert, besteht ein erhöhter Transportbedarf, auf den die Stromnetze nicht ausgelegt sind. Tatsächlich hat sich auch die Nachfrage aus Österreich in den letzten Jahren deutlich erhöht und damit die bestehenden Netzengpässe zwischen Deutschland und Österreich, vor allem aber innerhalb Deutschlands verschärft. Hintergrund ist, dass niedrige Strompreise in Zeiten hoher Windstromerzeugung gern genutzt werden, um Pumpspeicherkraftwerke zu füllen.

Mit den Netzengpässen gehen wachsende Kosten für den Einsatz der deutschen Netzreserve einher. Diese stellt sicher, dass z. B. Strom aus

deutscher Produktion trotz fehlender Leitungen auch tatsächlich beim Käufer in Österreich ankommt. Für den kommenden Winter hat die Bundesnetzagentur als erforderliche Reserve einen Rekordbedarf von 10.400 MW Erzeugungsleistung festgestellt. Unter Berücksichtigung der für Oktober 2018 vorgesehenen Trennung der Strompreiszone sinkt nach Einschätzung der Bundesnetzagentur der Bedarf für den Winter 2018/2019 auf nur noch 3.700 MW. Damit sparen die deutschen Stromkunden bares Geld, weil der Einsatz der Reserve von den deutschen Stromkunden über höhere Netzentgelte zu zahlen ist.

Das Engpassmanagement kann kurzfristig Kosten einsparen. Eine nachhaltige Alternative zum Netzausbau ist es aber nicht: Die Verlagerung der Erzeugung nach Norden wird weiter fortschreiten, gleichzeitig bieten große Marktgebiete mehr Liquidität, helfen beim regionalen Ausgleich der volatilen Erzeugung und tragen damit zu Kosteneffizienz und einer sicheren Versorgung bei. Ein weiterer Ausbau der Grenzkuppelstellen mit Österreich ist unterwegs, so dass sich die Zahl der Stunden, in denen das Engpassmanagement greift, hoffentlich auf ein Minimum beschränkt.

Mit der Abspaltung Österreichs ist die Gefahr einer innerdeutschen Aufteilung in Strompreiszonen aber keineswegs vom Tisch. Im Rahmen des derzeit in Brüssel diskutierten Winterpakets soll die europäische Behörde zur Zusammenarbeit der Regulierungsbehörden (ACER) ergänzte Zuständigkeiten bei der Prüfung der Preiszonen (sog. Bidding Zone Reviews) erhalten. ACER soll die der Analyse zugrunde liegenden Methoden und Annahmen prüfen und dann eine Empfehlung an die Kommission abgeben, die die Entscheidung auch gegen Mitgliedstaaten treffen kann. Ein Beispiel ist die Frage nach der Berücksichtigung oder Nicht-Berücksichtigung des geplanten Netzausbaus im Bidding Zone Review. Eine Nicht-Berücksichtigung kann dazu führen, dass Preiszonen (vorschnell?) aufgespalten werden. Z. B. könnte so die Aufspaltung der deutschen Strompreiszone mit derzeit nicht ausreichenden Nord-Süd-Verbindungen begründet werden. Das Thema Strompreiszone bleibt auf der Tagesordnung. (Bo, FI)

International

OPEC beschließt Verlängerung

■ Förderkürzung bei Erdöl

Die OPEC hat auf ihrem Ministertreffen am 25. Mai in Wien beschlossen, die derzeit gültige Förderkürzung um weitere neun Monate bis März 2018 zu verlängern. Ziel ist weiterhin, die hohen Lagerbestände abzubauen. An der Übereinkunft ist auch Russland beteiligt. Die Rohstoffmärkte hatten jedoch ein stärkeres Signal erwartet, so dass die Sorte WTI nach der Übereinkunft wieder deutlich unter 50 USD lag.

Noch wenige Tage zuvor waren die Rohölpreise signifikant angestiegen: Da hatten Saudi-Arabien und das Nicht-OPEC-Mitglied Russland angekündigt, alle notwendigen Maßnahmen für eine Ölpreisstabilisierung zu ergreifen.

Solange die Nicht-OPEC-Länder wie die USA die Angebotsbeschränkung mit Förderausweitungen konterkarieren können, bleiben signifikante Preissprünge aus. Problematisch würde es auf der Angebotsseite und damit bei den Preisen erst, falls die Investitionskürzungen in neue Förderquellen mittelfristig zu einem strukturellen Unterangebot führen. (tb)

Europa

■ Änderung der europäischen Energieeffizienz-Richtlinie

DIHK-Stellungnahme

Das Winterpaket der EU-Kommission ("Clean Energy for All Europeans") sieht u. a. die Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie aus dem Jahr 2012 vor. Den Kern des Kommissionsvorschlags bildet die Einführung eines verpflichtenden europäischen Energieeinsparziels von 30 Prozent bis 2030.

Im Oktober 2014 haben sich die europäischen Staats- und Regierungschefs für eine Stärkung der europäischen Effizienzpolitik durch eine Festlegung auf ein indikatives 27 Prozent-Ziel für das Jahr 2030 ausgesprochen. Um die Ambition auf ein höheres Ziel deutlich zu machen, wurde vereinbart, im Jahr 2020 dieses Ziel mit Blick auf ein EU-Niveau von 30 Prozent zu überprüfen. Der nun von der Kommission vorgelegte Richtlinien-Entwurf geht über diese Zielsetzung hinaus und sieht ein verbindliches EU-Ziel von 30 Prozent bis 2030 vor.

Aus Sicht des DIHK sind folgende Punkte bei der Revision der Richtlinie zu beachten:

- Bereits die Umsetzung der 20-20-20-Ziele hat zu unerwarteten Wechselwirkungen geführt. Eine Priorisierung zwischen den europäischen Energie- und Klimazielen und eine Maßnahmenentwicklung und -auswahl anhand der CO₂-Vermeidungskosten sind notwendig.
- Eine EU-weit einheitlich festgelegte Energieeinsparquote von 1,5 Prozent berücksichtigt weder die individuelle Ausgangslage in den einzelnen Mitgliedstaaten noch Faktoren wie das Wirtschaftswachstum oder strukturelle Veränderungen. An Stelle der Festlegung absoluter Ziele für den Primär- und Endenergieverbrauch sollte daher ein Zielpfad zur Steigerung der Energieproduktivität

bzw. eine Senkung der Energieintensität erwogen werden.

- Alternative strategische Maßnahmen bieten den Mitgliedstaaten die notwendige Flexibilität, zielgenaue Instrumente für die unterschiedlichen Ausgangslagen in den jeweiligen Volkswirtschaften zu entwickeln. Es ist daher richtig, diese Option auch in der geplanten Novelle der Richtlinie beizubehalten.

Die ausführliche Stellungnahme finden Sie hier:

<https://www.dihk.de/themenfelder/innovation-und-umwelt/energie/energieeffizienz/positionen>. (MBe)

■ Studie: Deutschland kann Einspeisevorrang für Erneuerbare beibehalten

EU-Winterpaket

Kaum Auswirkungen auf deutsche Betreiber erwartet

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Reform des Strombinnenmarkts würde in ihrer jetzigen Form nicht das Ende der heute gültigen Vorrangregelungen für Erneuerbare-Energie-Anlagen in Deutschland bedeuten. Zu diesem Schluss kommt eine letzte Woche veröffentlichte Studie der Stiftung Umweltenergierecht.

Das sagt der Verordnungsvorschlag der Kommission zum Strombinnenmarkt:

Der Vorschlag für eine novellierte Strombinnenmarkt-Verordnung legt fest, dass nur Bestands- und kleinere Anlagen von einem vorrangigen *dispatch* profitieren dürfen. Dennoch vertreten die Experten [in ihrer Studie](#) die Auffassung, dass aufgrund der in Artikel 12 der Strombinnenmarkt-Verordnung festgeschriebenen neuen Regeln zum Redispatch und zur Einschränkung der Erzeugungsleistung von der „Beibehaltung des Einspeisevorrangs für EE-Strom“ gesprochen werden kann. Artikel 12 sieht vor, dass „*redispatch* und Einschränkung“ grundsätzlich transparent, nichtdiskriminierend und marktbasierend erfolgen.

Im Falle der Anwendung nichtmarktbasierter Mechanismen (z. B. Engpassmanagement) dürfen EE-Erzeugungsanlagen nur abgeregelt werden, „wenn es keine Alternative gibt oder wenn andere Lösungen zu unverhältnismäßig hohen Kosten führen oder die Netzsicherheit gefährden würden“. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Konventionelle und KWK-Anlagen werden vorrangig einem redispatch oder Einschränkungen unterworfen. Zudem ist für alle Erzeugungstypen eine Entschädigung von mindestens 90 % der entgangenen Einnahmen vorgesehen.

Das sagt die Studie:

Die Autoren der Studie kommen insgesamt zu dem Schluss, dass die Kommissionsvorschläge genügend „Spielräume“ gewährleisten, „die

eine weitgehende Beibehaltung der deutschen Vorrangregelungen zugunsten von Strom aus erneuerbaren Energien ermöglichen". Artikel 11 Absatz 1 des EEG verpflichtet den Netzbetreiber dazu, EE-Strom vorrangig (physisch) abzunehmen, dürfte nur noch Anwendung auf Anlagen unterhalb des nun in der Strombinnenmarkt-Verordnung vorgesehenen Schwellenwerts von zunächst 500 kW finden.

Die Experten gehen jedoch davon aus, dass diese Einschränkung - sollte sie von den EU-Gesetzgebern so verabschiedet werden - in Deutschland kaum praktische Auswirkungen haben würde, da sie nur direkt vermarktende Neuanlagen betreffe. Letztere sind nur in Netzengpasssituationen auf den Einspeisevorrang angewiesen. Dieser würde durch die bereits erwähnten Regelungen zu redispatch und Abregelungen aber weiter gewährleistet.

Das sagt der DIHK:

Der DIHK teilt die Auffassung in [seiner Stellungnahme zur Strombinnenmarkt-Reform](#) der EU, dass die Neuregelung in dieser Form kaum Auswirkungen auf deutsche Anlagenbetreiber haben würde. Die Einschränkung des Vorrangs für erneuerbare Energien in der Einsatzplanung (dispatch) wird vom DIHK dennoch unterstützt, weil damit die unterschiedlichen Regelungen der Mitgliedstaaten vereinheitlicht werden. In der Verordnung sollte dennoch deutlicher gemacht werden, dass Netzbetreiber einer Anschlussverpflichtung unterliegen, um die vorgesehene gleichberechtigte Marktteilnahme von Erzeugung, Speichern und Nachfrage sicherzustellen. (JSch, Bo)

■ Brüssel genehmigt KWKG-Entlastungsregeln

Rückforderungen bleiben auf 2016 begrenzt

Fünf Monate nach Inkrafttreten des novellierten Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) hat die EU-Kommission die neuen Entlastungsregeln für energieintensive Industriebetriebe genehmigt. Damit werden diese Unternehmen analog zur Besonderen Ausgleichsregelung des EEG entlastet.

Auch die seit 2011 gewährte Entlastung für deutlich mehr Unternehmen als seit 2017 wurde abschließend entschieden. Demnach bleibt es bei der im novellierten KWKG angelegten Rückforderung für 2016, wenn die Entlastung der Jahre 2014 bis 2016 bei verbundenen Unternehmen den Wert von 160.000 Euro übersteigt. Weitere Rückforderungen wird es daher nicht geben.

Die Pressemitteilung der Kommission finden Sie [hier](#). (Bo)

■ Neue Meldepflichten für große Eigenerzeuger und -versorger

Vorgaben aus Brüssel

Aufgrund europarechtlicher Vorgaben (vgl. auch § 74 a Absatz 3 EEG 2017) erhebt die Bundesnetzagentur derzeit neue Daten von Verbrauchern von selbsterzeugtem Strom. Betroffen sind sowohl Eigenerzeuger (Betreiber von Anlagen vor dem 1. August 2014) als auch Eigenversorger (Betreiber von Anlagen ab dem 1. August 2014), sofern die Reduzierung der EEG-Umlage den Betrag von 500.000 Euro im Jahr 2016 überstiegen hat. Meldefrist ist der 31. Juli 2017. Sollte der Übertragungsnetzbetreiber zuständig sein, verlängert sich die Meldefrist bis 31. Oktober 2017.

Die Befragungsergebnisse werden an die Europäische Kommission übermittelt und dort veröffentlicht. Weitere Informationen und den entsprechenden Fragebogen finden Sie [hier](#). (Bo)

■ Arbeitsdokument für ein EU-Wassermanagement veröffentlicht

Besserer Schutz für Gewässer geplant

Die EU-Kommission möchte ein nachhaltigeres Wassermanagement für alle EU Mitgliedstaaten einführen. Dazu veröffentlichte sie eine Roadmap über Arzneimittel in der Umwelt und ein Arbeitsdokument zur Verbesserung der Wasserpolitik gegenüber der Landwirtschaft.

In ihrer [Roadmap](#) über Arzneimittel geht die Kommission davon aus, dass pharmazeutische Stoffe, die bei der Herstellung, Anwendung oder Entsorgung in Gewässer gelangen, zu einer Reihe von Risiken für Gesundheit und aquatische Umwelt führen. Beispielsweise könnten Antibiotika in der Umwelt zur Entwicklung und Verbreitung von Antibiotika-resistenten Bakterien beitragen und so auch ins Trinkwasser gelangen. Zur Reduzierung dieser Risiken will die Kommission bestehende Wissenslücken schließen und Regulierungen in Bereichen prüfen, die über das Wasser und Arzneimittelrecht hinausgehen. Hierzu plant die EU eine Konsultation noch im ersten Halbjahr 2017.

In einem weiteren [Dokument](#) geht die Kommission Fragen nach, wie Gewässer besser durch den Einfluss der Landwirtschaft – etwa durch Pestizid-, Nährstoffeinträge oder Wasserentnahme – besser geschützt werden können. Neue Maßnahmen soll es u. a. für die [Wasserrahmenrichtlinie](#) (WRRL), [Richtlinie über kommunales Abwasser](#), [Hochwasserrichtlinie](#) und [Trinkwasserrichtlinie](#) geben. Im 1. Halbjahr 2018 soll der Zusammenhang zwischen der Landwirtschaft und Wasserpolitik in den Bewirtschaftungsplänen der Mitgliedstaaten evaluiert werden.

Anfang des Jahres veröffentlichte die EU-Kommission bereits eine

[Roadmap](#), in der sie einen Entwurf zur Revision der Trinkwasserrichtlinie für Ende 2017 ankündigte. (LM)

Trilogverhandlung zum Abfallpaket beginnt am 30. Mai

■ EU-Ministerrat dämpft Recyclingziele

Der EU-Ministerrat hat am vergangenen Freitag über die vier Gesetzgebungen innerhalb des Kreislaufwirtschaftspaketes abgestimmt. Dabei haben sich die Vertreter für niedrigere Recyclingquoten ausgesprochen. Konkret ist das ein Recyclingziel von 60 Prozent für Siedlungsabfälle sowie 70 Prozent für Verpackungsabfälle bis 2030 – und damit fünf Prozentpunkte weniger als das EU-Parlament gefordert hat. Die Trilogverhandlungen unter der maltesischen Ratspräsidentschaft starten am 30. Mai. (LM)

Letzte Frist bis 1. Juni

■ Kennzeichnung von Gemischen

Die Übergangsbestimmung zum Abverkauf von nach altem Recht gekennzeichneten Gemischen endet. Gefährliche Stoffe und Gemische müssen ab dem 1. Juni 2017 gemäß der CLP-Verordnung (Regulation on Classification, Labelling and Packaging of Substances and Mixtures) gekennzeichnet werden. Wenn ein Unternehmen noch Produkte mit der alten Kennzeichnungsetikette führt, sollten diese entweder aus dem Verkehr genommen oder gemäß der CLP-Kennzeichnung neu gekennzeichnet werden. Weitere Informationen finden Sie unter <https://echa.europa.eu/de/clp-2017>. (LM)

15 Maßnahmen für eine europäische Naturschutzpolitik

■ EU-Kommission veröffentlicht Aktionsplan Natura 2000

Die EU-Kommission hat den im Februar angekündigten Aktionsplan zu Natura 2000 veröffentlicht. Hierzu plant sie 15 Maßnahmen, um die europäische Naturschutzpolitik zu verbessern und Probleme bei der Umsetzung der Richtlinie in den EU-Mitgliedstaaten zu lösen.

Die EU-Kommission kündigt Schwerpunkte in folgenden vier Handlungsfeldern an:

- Verbesserung von Leitlinien und Wissen sowie eine Vereinbarkeit mit breiteren sozioökonomischen Zielen
- Übernahme politischer Eigenverantwortung und Verbesserung der

Rechtseinhaltung

- Förderung von Investitionen in Natura-2000-Projekte und Verbesserung der Verwendung der EU-Fördermittel
- bessere Kommunikation und Sensibilisierung, Einbindung von Bürgern, Interessenträgern und Regionen

Die Kommission geht kaum auf Themen ein, die auf die Vereinbarkeit von Wirtschaft und Naturschutz zielen. Beispielsweise wird ein europaweit harmonisiertes Vorgehen zu dem Konzept „Natur auf Zeit“ nicht erwähnt.

Pressemeldung der EU-Kommission: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1112_de.htm (LM)

Deutschland

Anteil erneuerbarer Energien steigt

■ Energieverbrauch in Deutschland sinkt – trotz Wirtschaftswachstum

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im ersten Quartal 2017 um 1,4 Prozent zurückgegangen, obwohl die Wirtschaft 2016 deutlich gewachsen ist. Unter den Energieträgern nahm der Anteil von Erneuerbaren um 5 Prozent zu, während die Stromproduktion aus Kernkraftwerken um ein Drittel rückläufig war. Auch Erdgas und Kohle waren leicht im Plus.

Der Energieverbrauch erreichte eine Höhe von 3.673 Petajoule (PJ), was einem Rückgang um 1,4 Prozent entspricht. Die Rückgänge bei der Kernkraft wurden durch einen Zuwachs der Verstromung von Kohle und Erdgas kompensiert. Der Verbrauch von Heizöl war rückläufig, der Kraftstoffverbrauch hingegen leicht wachsend.

Weitere Informationen: www.ag-energiebilanzen.de/. (tb)

Einsatz der Netzreserve gestiegen

■ Redispatchkosten 2016 um ein Viertel gesunken

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten für die Abregelung erneuerbarer Energien und die Eingriffe in die Fahrweise von Kraftwerken um etwa 40 Prozent geringer gewesen als 2015. Das teilte die Bundesnetzagentur in ihrem Quartalsbericht zu Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen mit. Dennoch sind die Kosten mit 770 Mio. Euro, die von den Stromkunden zu tragen sind, weiterhin hoch.

- Kosten: Auf das Einspeisemanagement bei Erneuerbare-Energien-

Anlagen entfielen rund 373 Mio. Euro und auf den Redispatch von Kraftwerken rund 219 Mio. Euro. Der Einsatz der Netzreserve kostete 177 Mio. Euro.

- Regionale Verteilung der Kosten: Von den Redispatchkosten entfielen 200 Mio. auf die Netzgebiete von TenneT (93 Mio.) und 50Hertz (108 Mio.).
- Strommenge Redispatch: Insgesamt unterlagen 11,5 TWh Redispatchmaßnahmen, ein Rückgang von knapp 4 TWh gegenüber dem Vorjahr.
- Strommenge Einspeisemanagement: Die abgeregelte Strommenge aus EE-Anlagen sank um 1 TWh auf 3,7 TWh.
- Einsatz Netzreserve: Insgesamt kam 2016 an 108 Tagen die Netzreserve mit durchschnittlich 552 MW und einer Gesamtarbeit von rund 1.209 GWh zum Einsatz. Ihr Einsatz stieg im Vergleich zu 2015 um 69 Tage und 658 GWh.

Den Bericht der Bundesnetzagentur finden Sie [hier](#). (Bo, FI)

■ Bundeskabinett verabschiedet SINTEG-Verordnung

Ausgleich von wirtschaftlichen Nachteilen

Mit dem Programm „Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“ (SINTEG) fördert das BMWi Verbundprojekte in fünf Modellregionen mit einem Fördervolumen von 200 Mio. Euro über vier Jahre. Rund 200 Unternehmen sind beteiligt. Ziel ist die Entwicklung und Demonstration von Lösungen für eine klimafreundliche, effiziente und sichere Energieversorgung mit hohen Anteilen erneuerbarer Energien.

Ergänzt wird das Förderprogramm durch eine am 10. Mai 2017 beschlossene SINTEG-Verordnung. SINTEG-Projektteilnehmer erhalten begrenzt für die Dauer des Projektzeitraums die Möglichkeit, sich wirtschaftliche Nachteile, die ihnen durch die Projektteilnahme entstanden sind, über die Rückzahlung von Umlagen, Netzentgelt und Netzentgeltaufschlägen auf Antrag nachträglich ausgleichen zu lassen (Experimentierklausel). Die Verordnung ist auf die Laufzeit des SINTEG-Programms bis 2022 befristet.

Die SINTEG-Verordnung finden Sie unter folgendem [Link](#) auf der Internetseite des BMWi. (FI)

■ Zweite Entwürfe Netzentwicklungspläne 2030

Bereits vorgesehener Ausbaubedarf erweist sich als robust

Die Übertragungsnetzbetreiber haben bei der Bundesnetzagentur die überarbeiteten Entwürfe des Netzentwicklungsplans Strom (NEP) und des Offshore-Netzentwicklungsplans (O-NEP) für das Zieljahr 2030 und 2035 zur Prüfung, erneuten öffentlichen Konsultation und abschließenden Bestätigung eingereicht. Gegenüber den ersten Entwürfen wird der erforderliche Netzausbau leicht geringer eingeschätzt.

Die ersten Entwürfe der Netzentwicklungspläne sind im Januar und Februar 2017 öffentlich konsultiert worden. Die Übertragungsnetzbetreiber haben die Entwürfe unter Berücksichtigung von mehr als 2.116 zum NEP und 17 zum O-NEP eingegangenen Stellungnahmen überarbeitet. Die Zahl der Stellungnahmen ist gegenüber dem NEP 2025 um 85 % zurückgegangen. Der Großteil der Stellungnahmen (1.600) beruht auf Serienbriefen. Die Übertragungsnetzbetreiber führen den Rückgang u. a. auf die Einführung des Erdkabelvorrangs zurück.

Der nach Einschätzung der Übertragungsnetzbetreiber erforderliche Netzausbau beträgt in Abhängigkeit von gewählten Szenario (A 2030 - eher geringer EE-Ausbau und wenig Sektorenkopplung, B 2030/2035 - mittleres Transformationsszenario, C 2030 - schneller EE-Ausbau und starke Sektorenkopplung, B 2035):

an Land (NEP):

- 7.600 bis 8.500 Trassenkilometer Netzverstärkung
- 3.600 km Neubau, davon 2.400 km als Gleichstromverbindung
- mit einer Übertragungskapazität von 8 GW
- Investitionskosten von 32 bis 34 Mrd. Euro

Offshore (O-NEP):

- Zubau von 2.277 km, davon 1.527 km in der Nord- und 750 km in der Ostsee
- mit einer Übertragungskapazität von 7,4 GW, davon 5 GW in der Nord- und 2,4 GW in der Ostsee
- Hinzu kommt das Start-Offshorenetz (bereits betriebsbereit, Bau begonnen) mit einer Gesamtlänge von 850 km und Investitionskosten von 4 Mrd. Euro.
- Die gesamten Investitionskosten werden auf 17 Mrd. Euro einschließlich des Start-Offshorenetzes geschätzt.

Alle bereits im Bundesbedarfsplan(gesetz) 2015 bestätigten Leitungsvorhaben sind in den Entwürfen des NEP 2030 weiter enthalten, haben sich also als robust erwiesen.

Die zweiten Entwürfe der Netzentwicklungspläne 2030 stehen auf der Internetseite www.netzentwicklungsplan.de der Übertragungsnetzbetreiber unter folgendem [Link](#) zur Verfügung. (FI)

■ Start der Antragskonferenzen für SuedLink und SuedOstLink

Veranstaltungen entlang der möglichen Trassenführung

Im Mai und Juni finden für jeden Abschnitt des SuedLinks und des SuedOstLinks Antragskonferenzen statt. Diese sind der Beginn der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit für die Festlegung und Genehmigung der Gleichstromvorhaben. Die Termine sind auf der Seite www.netzausbau.de der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Dort finden sich auch die wesentlichen Informationen zu den Ausbauprojekten im Übertragungsnetz.

Die Übertragungsnetzbetreiber haben als Vorhabenträger im ersten Quartal 2017 ihre Antragsunterlagen für die einzelnen Abschnitte des SuedLinks und des SuedOstLinks Anträge auf Bundesfachplanung bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Darin schlagen sie einen bevorzugten Korridorverlauf vor. Daran anschließend ist die Durchführung der Antragskonferenzen durch die Bundesnetzagentur vorgesehen. Ziel der Antragskonferenzen ist es, von Vereinigungen, Trägern öffentlicher Belange (wie den IHKs) sowie der interessierten Öffentlichkeit Hinweise zu den vorgeschlagenen Korridorverläufen zu erhalten. Es werden vor allem Informationen zur Umwelt- und Raumverträglichkeit des Vorkorridors gesammelt. Auf Grundlage der Konferenzergebnisse wird die Bundesnetzagentur einen Untersuchungsrahmen festlegen, in dem Vorgaben für die Erstellung der erforderlichen Unterlagen nach § 8 NABEG (Raumverträglichkeitsstudie und Strategische Umweltprüfung) definiert werden. Ergebnis der Bundesfachplanung ist eine Entscheidung der Bundesnetzagentur über einen 500 bis 1000 Meter breiten Korridor, in dem die Leitung später verlaufen wird. Der genaue Verlauf der Leitung innerhalb dieses Korridors erfolgt im anschließenden Planfeststellungsverfahren. (FI)

■ Netzreservebedarf steigt zunächst weiter

Bestätigung durch Bundesnetzagentur

Die Bundesnetzagentur hat den Netzreservebedarf für das Winterhalbjahr 2017/2018 und 2018/2019 bestätigt. Die erforderlichen gesicherten Reserven zum Ausgleich mangelnder Übertragungsnetzkapazitäten müssen danach zunächst einmal um 1.600 MW aufgestockt werden. Aufgrund der vorgesehenen Engpassbewirtschaftung zu Österreich wird

der Bedarf für 2018/2019 wieder deutlich sinken.

Mit der Netzreserve wird sichergestellt, dass ausreichend gesicherte Erzeugungskapazitäten für den Redispatch bei Engpässen im Übertragungsnetz vorgehalten werden. Kraftwerke in der Netzreserve kommen zum Einsatz, wenn der Bedarf an Regelenergie nicht über den Regelenergiemarkt gedeckt werden kann. Der festgestellte Netzreservebedarf lag 2016 bei 5.400 MW, die Bereithaltung verursachte Kosten von 126 Mio. Euro. Im Zuge der beihilferechtlichen Genehmigung der Netzreserve durch die Europäische Kommission bis Juni 2020 hatte die Kommission die Bundesregierung aufgefordert Maßnahmen für eine sukzessive Reduzierung des Netzreservebedarfs um mindestens 1 GW ab Winter 2018/2019 und weitere 500 MW ab Winter 2019/2020 umzusetzen.

Der nun bestätigte Netzreservebedarf für den Winter 2017/2018 beträgt 10.400 MW. Er kann weitestgehend aus dem Bestand an Netzreservekraftwerken in Deutschland und Österreich gedeckt werden. Hintergrund des deutlich steigenden Bedarfs ist - neben dem voranschreitenden Erneuerbaren-Ausbau ohne einen entsprechenden Ausbau des Übertragungsnetzes - vor allem ein erhöhter Sicherheitsstandard bei der Berechnung durch die Bundesnetzagentur.

Der bestätigte Netzreservebedarf für das Jahr 2018/2019 beträgt 3.700 MW. Hintergrund für diese deutliche Reduzierung ist die geplante Aufspaltung der deutsch-österreichischen Strompreiszone durch Einführung eines Engpassmanagements zwischen Deutschland und Österreich Mitte 2018.

Weitere Informationen auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter folgendem [Link](#). (FI)

■ Bürgerenergieprojekte gewinnen erste Ausschreibungsrunde Wind an Land

Projekte im Netzausbaubereich mussten aussortiert werden

Nach den deutlich gesunkenen Zuschlägen bei Photovoltaik und den Projekten ohne Förderung bei Wind auf See endete auch die erste Runde bei Wind an Land mit einer Überraschung. Wie die Bundesnetzagentur mitteilte, gingen 93 Prozent aller Zuschläge an Bürgerenergiegesellschaften. Von 70 Zuschlägen gingen lediglich fünf an sonstige Akteure. Der mengengewichtete Durchschnitt beträgt 5,71 Cent/kWh.

Der niedrigste Zuschlagspreis liegt bei 5,25 Cent/kWh, der höchste bei 5,78 Cent/kWh. Auf die ausgeschriebenen 800 MW hatten sich 256 Projekte mit zusammen 2.137 MW beworben. Zwei Drittel dieser Projekte wurden von Bürgerenergiegesellschaften eingereicht.

Bürgerenergiegesellschaften haben zwei Vorteile gegenüber den sons-

tigen Bietern: Sie können auch ohne (BlmSch-)Genehmigung an der Ausschreibung teilnehmen und erhalten eine längere Realisierungsfrist. Zudem hängt die Förderhöhe nicht am tatsächlichen Gebotswert, sondern bestimmt sich nach dem höchsten bezuschlagten Preis.

Im Netzausbaugebiet durften Zuschläge nur bis zu 258 Megawatt erteilt werden. Diese Grenze wurde überschritten, so dass einige Gebote aufgrund dieser Grenze nicht berücksichtigt werden konnten. (Bo)

■ **Bundeskabinett beschließt KWK-Ausschreibungsverordnung und gemeinsame Wind- und PV-Ausschreibungsverordnung**

Nur wenig Änderungen gegenüber Referentenentwürfen

Das Bundeskabinett hat die KWK-Ausschreibungsverordnung und die gemeinsame Wind- und PV-Ausschreibungsverordnung verabschiedet. Der Weg für das parlamentarische Verfahren ist damit frei. Bei beiden Verordnungen hat sich gegenüber den Referentenentwürfen wenig geändert.

Wesentliche Änderungen bei KWK:

- Die Anforderungen an die Jahresarbeitszahl des innovativen Wärmesystems für die innovativen KWK-Systeme wurde von 1,5 auf 1,25 gesenkt.
- Bei den innovativen KWK-Systemen müssen ab den Ausschreibungen 2021 35 Prozent, statt 30 Prozent innovative Wärme nachgewiesen werden.

Gemeinsame Ausschreibung von Wind und PV:

- Bereits im Referentenentwurf war festgelegt, dass in einigen Landkreisen größere PV-Anlagen als in der technologiespezifischen Ausschreibung teilnehmen dürfen. Die Höchstgrenze wurde von 25 auf 20 MW gesenkt. In der technologiespezifischen Ausschreibung sind 10 MW die Höchstgrenze.

Die vom Bundeskabinett beschlossenen Verordnungen finden Sie [hier](#). (Bo)

■ **Sehr hohe Realisierungsrate bei auktionierten PV-Freiflächenanlagen**

Lediglich ein Projekt wurde nicht umgesetzt

In der ersten Runde der Ausschreibungen von PV-Freiflächenanlagen erhielten im Frühling 2015 25 Projekte einen Zuschlag. Wie die Bundesnetzagentur mitteilte, wurden 24 dieser Projekte innerhalb der Frist

von 24 Monaten realisiert. Seinerzeit hat der gewichtete Durchschnitt der Zuschläge bei 9,17 Cent/kWh für 151 MW gelegen. Das nicht realisierte Projekt muss eine Pönale an das EEG-Konto leisten.

Die hohe Realisierungsrate dieser ersten Runde ist ein weiteres Indiz dafür, dass Ausschreibungen bei erneuerbaren Energien funktionieren. (Bo)

Ersatzbaustoff- und Bundesbodenschutzverordnung passieren Ressortabstimmung

■ Kabinett beschließt Mantelverordnung

Das Bundeskabinett hat am 3. Mai 2017 die Mantelverordnung aus Ersatzbaustoff-, Bundes-Bodenschutz- und Altlasten-, Deponie- und Gewerbeabfallverordnung beschlossen. Dem Beschluss gehen fast ein Jahrzehnt Diskussionen über Arbeits- und Referentenentwürfe voraus. Das Verordnungspaket soll erstmals bundeseinheitliche Regelungen für das Recycling mineralischer Abfälle und die Verfüllung von Abgrabungen und Tagebauen schaffen. Dazu sollen auch Deponie- und Gewerbeabfallverordnung angepasst werden.

Der Kabinettsentwurf der Mantelverordnung wird nun Bundestag und Bundesrat zugeleitet. Da dem Bundestag nur zwei Sitzungswochen zur Beteiligung bleiben und der Bundesrat den Verordnungen zustimmen muss, wird eine Verabschiedung der Mantelverordnung in dieser Legislatur nicht mehr erwartet.

[Aktuelle Dokumente und Meldungen](#) führt das Bundesumweltministerium. (HAD)

Bewertung der Radonkonzentration in Aufenthaltsräumen und Arbeitsplätzen

■ Strahlenschutzgesetz beschlossen

Der Bundesrat hat am 12. Mai ein neues Strahlenschutzgesetz beschlossen. Es legt erstmals einen Referenzwert zur Bewertung der Radonkonzentration in Wohnräumen und Arbeitsplätzen fest. Auch für die Anwendung ionisierender Strahlen in Medizin, Industrie oder Forschung werden Anforderungen neu gefasst.

Bislang war das Strahlenschutzrecht überwiegend in der Strahlenschutz- und der Röntgenverordnung geregelt. Aus Anlass der Umsetzung einer Euratom-Richtlinie fasst das Strahlenschutzgesetz nun alle Bereiche des Schutzes vor ionisierender Strahlung in einem Gesetz zusammen. Nach Ausfertigung und Verkündung durch die Bundesregierung wird das Gesetz zeitnah in Kraft treten.

Eine wesentliche Neuerung stellen die neuen Referenzwerte für Radonbelastung in Aufenthaltsräumen und am Arbeitsplatz dar. Nach § 127

müssen Unternehmen in sogenannten Radonvorsorgegebieten Messungen der Radonkonzentration in der Luft von Arbeitsplätzen im Erd- oder Kellergeschoss durchführen. Werden die Referenzwerte von 300 Becquerel pro Kubikmeter (Bq/m³) überschritten, können Schutzmaßnahmen notwendig werden.

Die Bundesregierung schätzt den Anteil der Fläche betroffener Gebiete auf 8 Prozent des Bundesgebietes und geht von fast 350.000 betroffenen Arbeitsplätzen aus. Ein Überblick über die möglicherweise betroffenen Gebiete bietet die sogenannte [Radonkarte Deutschlands](#), die von der Bundesanstalt für Risikobewertung erstellt wurde. Zur Ausweisung von Radonvorsorgegebieten und Festlegung von Anforderungen an die Messungen in Gebäuden werden allerdings noch weitere Verordnungen zum Strahlenschutzgesetz notwendig. Wo und wann die Pflicht zur Messung von Radonkonzentrationen am Arbeitsplatz in Kraft treten wird, bleibt deshalb vorerst offen. (HAD)

■ Bundesrat beschließt Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz

Instrument der Verbandsklage deutlich ausgeweitet

Der Bundesrat hat am 12. Mai dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz ohne Maßgaben zugestimmt. Nach Ausfertigung des Gesetzes durch die Bundesregierung wird mit seiner Veröffentlichung und Inkrafttreten zeitnah gerechnet.

Die umweltrechtliche Verbandsklage wird durch das Änderungsgesetz auf Pläne und Programme ausgedehnt, bei denen eine Pflicht zur Durchführung einer strategischen Umweltprüfung bestehen kann. Dazu gehören beispielsweise Luftreinhalte-, Abfallwirtschafts- oder Verkehrsentwicklungs- sowie Bebauungs- und Flächennutzungspläne. Zusätzlich wird das Klagerecht auf Verwaltungsakte ausgeweitet, bei denen umweltrechtliche Vorschriften Anwendung finden. Dazu sollen insbesondere Entscheidungen über die Zulassung und die Überwachung von Industrieanlagen oder Infrastrukturmaßnahmen zählen, die unter die UVP- oder IED-Richtlinie fallen.

Besonders umstritten war die Abschaffung der vom Europäischen Gerichtshof als in weiten Teilen für unzulässig bewerteten Präklusion. Diese schloss die Verbandsklage für solche Einwendungen aus, die nicht auch im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht wurden. Mit der Abschaffung dieser Regelung können Umweltverbände nun bis zu einem Jahr nach Bekanntwerden der Entscheidungen Widerspruch oder Klage einreichen. Für Verwaltungsakte wurde vom Bundestag zusätzlich eine Verfristung von Einwendungen nach zwei Jahren unabhängig von ihrer Bekanntmachung ergänzt.

Mit Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes wird zeitnah gerechnet. (HAD)

■ **Auszeichnung der besten Energie-Scouts des Jahres 2017**

28. Juni im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin

Die Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz lädt herzlich ein zur diesjährigen Bestenehrung für Energie-Scouts.

Energie-Scouts sind Auszubildende, die in ihren Unternehmen Energieeffizienzpotenziale aufspüren und Lösungen für mehr Klimaschutz und weniger Energieverbrauch entwickeln. Dazu sind sie zuvor bei den Industrie- und Handelskammern geschult worden.

Die IHKs haben insgesamt 69 Teams nominiert, die jeweils ein herausragendes Energieeffizienzprojekt entwickelt haben. Alle Nominierten kommen am 28. Juni im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin zur feierlichen Urkundenübergabe an die Sieger-Teams mit Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks und DIHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer zusammen.

Für die Veranstaltung können Sie sich bis zum 12. Juni unter dem folgenden Link registrieren. Dort finden Sie auch weitere Details zum Programm.

<http://www.mittelstand-energiewende.de/presseaktuelles/bestenehrung-der-energie-scouts-des-jahres-2017-28-juni-berlin/> (han)

■ **EMAS-Awards 2017**

Deutsche Organisationen ausgezeichnet

Unter den mit dem EMAS-Award 2017 für besonders ressourcenschonendes und effizientes Wirtschaften ausgezeichneten Organisationen sind auch zwei deutsche Preisträger: die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde und die Wiegel Verwaltung GmbH & Co. KG aus Nürnberg. Die Vorentscheidung für den diesjährigen Wettbewerb mit dem Thema "Circular Economy" hatte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag organisiert. Die Gewinner bestimmte dann eine europäische Jury unter 20 Nominierten aus elf Ländern.

Die Gewinner im Überblick:

Kategorie "Kleine und mittelständische Unternehmen":

Die Seacourt Ltd (Großbritannien) ist eine familiengeführte Druckerei, die mit 20 Mitarbeitern seit 2009 den Zero Waste Stand erreicht hat – alles, was sie drucken, endet entweder als fertiges Druckprodukt oder

wird recycelt. Die Jury zeichnete auch die Entwicklung von neuen Technologien für die Eliminierung von Chemikalien im Druckverfahren aus.

Kategorie "Große Unternehmen":

Das Martin's Hotel (Belgien) ist ein Hotelbetreiber mit einer innovativen Nachhaltigkeitsstrategie unter dem Motto "tomorrow needs today", die in allen Bereichen von der Beschaffung bis zur Abfallwirtschaft integriert ist: Ressourcen werden in Kreisläufen genutzt, Produkte werden gemietet und Möbel wiederverwendet. Auch die umfangreichen Bemühungen des Unternehmens, Lieferanten, Mitarbeitende und Kunden einzubeziehen, waren entscheidend für den EMAS-Award.

Kategorie "Organisationen aus der öffentlichen Verwaltung":

Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (Deutschland) wirtschaftet auf vielen Ebenen kreislaforientiert. Bereits seit 2009 stellte sie ihre Papiernutzung auf 100 Prozent Recyclingpapier um. Die Stromversorgung erfolgt zu 100 Prozent mit Ökostrom, die Wärmeversorgung mit Holzpellets und Hackschnitzeln, die zu großen Teilen aus regionalem Holzbestand stammen. Neben einer umfangreichen Abfalltrennung setzt die Hochschule auf die eigene Wiederverwertung. In zahlreichen Projekten engagieren sich Hochschulpersonal und Studierende für die Entwicklung nachhaltiger Produkte und Prozesse. Nicht zuletzt gewährleistet eine eigene Richtlinie für das Beschaffungswesen auch bei zukünftigen Anschaffungen die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien.

Einer der verliehenen Ehrenpreise ging an die Wiegel Verwaltung GmbH & Co. KG (Deutschland), Pionier und Vorbild im Umweltschutz beim Feuerverzinken. Die 30 EMAS-registrierten Standorte von Wiegel verzichten vollständig auf bleihaltige Zinks, arbeiten abwasserfrei, führen Säuredämpfe in den Produktionskreislauf zurück und nutzen anstelle von Frischsäure Regeneratsäure aus Abfallverbrennungsanlagen.

Alle deutschen Bewerber um die EMAS-Awards 2017 werden Ende des Jahres zu einem Fachgespräch in das Bundesumweltministerium in Berlin eingeladen und mit einer Teilnahmeurkunde geehrt. (FI)